

Chronik des Tages.

Die Pariser Orientkonferenz hat die Regierung von Argona zu einer Friedenskonferenz eingeladen und ihr schon im voraus die Aufgabe übertragen mit Adrianopel auszuhandeln, falls die Türken die neutrale Zone respektieren.

Eine in den Abschnit von Ischanal auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen eingedrungene Kavallerieabteilung hat sich, ohne mit den Engländern zusammenzutreffen, wieder zurückgezogen.

Türkische Flugzeuge haben die griechischen Inseln Mytilene und Chios bombardiert.

In Nürnberg hat der Einigungsparteitag der Sozialisten das gemeinsame Aktionsprogramm angenommen.

Die Abreise der deutschen Anbustreifer nach Frankreich ist um acht Tage verschoben worden.

Die sozialistische Einigung.

Die Wiedervereinigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen, die bereits auf den beiden Parteitagen in Augsburg und Gera beschlossen worden ist, hat in der ersten gemeinsamen Tagung in Nürnberg ihre Krönung gefunden. Nach jahrelanger Bruderkämpfe haben sich die beiden sozialistischen Parteien in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wieder zusammengeschlossen. Damit ist ein Streit begraben, der seit dem Kriege die bis dahin geschlossene Front in zwei Lager spaltete. Die Gründe der Spaltung, Bewilligung oder Ablehnung der Kriegskredite, sind bekannt. Unter Haases Führung bildete sich damals — im März 1916 — die „Arbeitsgemeinschaft“, die sich später „Unabhängige Sozialdemokratie“ nannte. Das Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Parteien veränderte sich immer mehr. Eine Veränderung trat vorübergehend im Beginn der Revolution ein. Haase trat mit in die Regierung der 6 Volksbeauftragten ein, doch währte die Zusammenarbeit nicht lange. Im Gefolge der Berliner Degebenberrevolution brach die Revolutionsregierung zusammen. In den Nachkriegsjahren nahm die Spaltung an Schwere und Umfang zu. Neue Absplitterungen ins kommunistische Lager folgten der ersten Zerreißung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Erst in den letzten Monaten unter dem Eindruck des Wiederaufbaus machten sich Bestrebungen für eine Wiedervereinigung der beiden Parteien bemerkbar. In den sozialistischen Wählermassen erfasste immer mehr der Wille zur Wiedervereinigung, zumal da der unmittelbare Anlaß, der zur Spaltung geführt hatte, die Frage der Kriegskredite, längst nicht mehr in Frage kam. Diesen Bestrebungen mußten schließlich auch die Führer nachgeben, insbesondere die Unabhängigen, die an sich schon im Laufe der Zeit wieder bedeutende Wählermassen an die partei Sozialdemokratie verloren hatten. Das Währungs ihrer Befehlshaber ins mehrheitssozialdemokratische Lager hat dann wohl auch die Führer der U. S. P. veranlaßt, fast bedingungslos zu den Mehrheitssozialisten zurückzutreten.

Für die U. S. P. D. bedeutet die Wiedervereinigung mit der Bruderpartei einen nicht zu unterschätzenden Machtzuwachs. Während die U. S. P. ihre Selbstständigkeit preisgegeben hat, haben die Mehrheitssozialisten lediglich einige taktische und organisatorische Zugeständnisse gemacht und schließlich nicht vielmehr geopfert als ihren Namen.

Der Machtzuwachs der U. S. P. D. zeigt sich am deutlichsten in der Vermehrung der sozialistischen Sitze im Reichstag. Dort wird die Sozialdemokratie in Zukunft über 180 Abgeordnete verfügen, denen kaum 120 Mandate der bisherigen Koalitionsparteien gegenüberstehen. Welche Rückwirkung diese Kräfteverschiebung mit sich bringen wird, kann man heute noch nicht abschätzen. Vor Abschluß der Sommertagung war sehr viel die Rede von einer Verbreiterung der Regierungskoalition. Es würde daher im Bereich der Möglichkeit liegen, wenn das augenblickliche Übergewicht der Sozialisten in der Regierungskoalition durch eine Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Front der Regierungsparteien ausgeschliffen würde. Es bleibt nach dieser Richtung hin bemerkenswert, daß ein Antrag, der eine Koalition der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei vorschlug, in Augsburg abgelehnt worden ist und daß selbst in Gera eine Resolution, die die Beirückung der bisherigen Koalitionspolitik der U. S. P. D. auszusprechen, zurückgezogen und als persönliche Bemerkung des Protokoll einverleibt wurde. Die Wahrscheinlichkeit besteht also, daß auf der Basis einer Erweiterung der Regierungskoalition durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei das Gleichgewicht zwischen sozialistischen und bürgerlichen Regierungsparteien hergestellt werden kann.

Die Einladung an Kemal.

Englische Zugeständnisse an die Türkei. Die Pariser Orientkonferenz hat ihre Beratungen damit abgeschlossen, daß an die Regierung in Argona eine Note gerichtet wurde, in der die Türken eingeladen werden, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen, an welcher auch die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Rumaniens, Jugoslawiens, Japans und Griechenlands teilnehmen sollen, um den Abschluß eines Friedens zwischen den Türken, Griechen und den anderen Alliierten herbeizuführen.

Dann heißt es in der Note:

„Die Alliierten besitzen diese Gelegenheit, um zu erreichen, daß sie mit Vermittlung davon Kenntnis gewinnen, ob die Türkei den Wunsch habe, Frieden bis zur Pariza und Adrianopel wieder zu erwerben. Unter der Bedingung, daß die Angora-Regierung ihre Truppen im Verlauf der Friedensverhandlungen nicht in die Zone der neutralen Zone einläßt, die von den Alliierten als Bereich neutral erklärt worden ist, werden die drei Regierungen gern den Wunsch der Türkei nach oben genannten Grenzen unterstützen.“

Die Note enthält dann weiter Mitteilungen, daß in dem neuen Friedensvertrag gemeinschaftlich Maßnahmen ergriffen werden sollen zur Wahrung der Interessen der Türken und ihrer Nachbarn.

Respektierung der neutralen Zone. Die Alliierten erklären ferner, daß sie gern die

Zugang der Türkei zum Völkerverbund unterlassen werden, und erneuern ihre bereits im März ds. J. gegebene Zusicherung, daß die alliierten Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die drei alliierten Regierungen wollen ihren Einfluß ausüben, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz die Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzuführen, die durch die alliierten Generale im Einverständnis mit den griechischen und türkischen Militärbehörden festgesetzt werden wird. Als Vergeltung für diese Vermittlung soll die Regierung von Argona sich verpflichten, weder vor noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zone zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind und weder die Dardanellen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, wird eine sofortige Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal und den alliierten Generalen in Aidania oder Ismid vorgeschlagen.

Poincaré hat die gemeinschaftliche Note der Alliierten sofort der Regierung von Argona übermitteln lassen und gleichzeitig durch Vermittlung der alliierten Kommissare in Konstantinopel der hohen Pforte zur Kenntnis gebracht. Außerdem wird die Note durch die französischen Vertreter in Belgrad, Bukarest und Tokio übergeben werden und auch in Athen wird sie überreicht werden. Die französische Regierung hat ferner ein Funkentelegramm an Kemal-Pascha in Smyrna geschickt, er möge, bevor er irgendwelche Schritte unternimmt, die Ankunft des französischen Delegierten Franklin-Bouillon abwarten.

Lloyd George Meerengenprogramm.

Zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der Note an Kemal hat Lloyd George noch einmal den Standpunkt der englischen Regierung in der Meerengenfrage ausführlich dargelegt. In einer Unterredung mit Pressevertretern bezeichnete er es im Interesse des Weltfriedens als dringend notwendig, eine Klarheit über die Meerengenfrage in der Zukunft zu schaffen. Wenn der Friede unterzeichnet würde, ohne die Freiheit der Meerengen zu erreichen, so käme er einer Niederlage in diesem Teil der Welt gleich. Er sei der Ansicht, daß es von Bedeutung im Interesse des europäischen Friedens sei, daß der Krieg in Kleinasien nicht nach Europa übergreife. England habe alle nötigen Schritte unternommen, um seine Stellung an den Dardanellen zu behaupten und das Ziel zu erreichen, das es sich gesetzt habe. Ich wiederhole, so führte Lloyd George aus, daß Ischanal gehalten werden muß. Die englische Politik fordert, daß die Freiheit der Durchfahrt an den Meerengen vom Völkerverbund geregelt werden soll. Im Interesse der ganzen Welt sei es von entscheidender Bedeutung, daß diese außerordentlich wichtige Meerenge unter der Aufsicht des Völkerverbundes offen bleibe.

Der erste Grenzzwischenfall.

Die Türken in die neutrale Zone eingedrungen.

Während die Pariser Orientkonferenz soeben eine glückliche Abigung des Orientkonfliktes gefunden zu haben glaubt, indem sie die Türken gegen die Zusicherung Troziens zur Respektierung der neutralen Zone zu bewegen sucht, hat sich bereits der erste englisch-türkische Zwischenfall ereignet.

Kreuzer meldet aus Konstantinopel, daß türkische Kavallerie in der Nähe von Ischanal in die neutrale Zone eingedrungen ist. Das Eindringen der Kemalisten erfolgte bei dem Dorf Esenteuk in Kanonenschußweite von den britischen Linien. Ein britischer General ist mit türkischen Parlamentären zu Besprechungen zusammengekommen. Ferner hat der englische Oberkommissar Harrington dem Vertreter von Argona nahegelegt, daß es ratsam sei, die kemalistischen Truppen zum Rückzug zu veranlassen. Man hofft, daß die Türken sich auf freundschaftlichem Wege zur Zurücknahme ihrer Truppen hinter die neutrale Linie bewegen lassen.

Ischanal liegt in der neutralen Zone auf der asiatischen Seite der Dardanellen. Ischanal wird von englischen Truppen besetzt gehalten, und Lloyd George hatte Sonnabend durch die Londoner Presse ausdrücklich verkündet lassen, daß Ischanal unter allen Umständen gehalten werden müsse.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben sich die Türken wieder zurückgezogen. Sie befanden sich also nicht mehr in der neutralen Zone, in welche sie eingedrungen waren.

Mytilene und Chios bombardiert.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Konstantinopel sollen kemalistische Flugzeuge die Inseln Mytilene und Chios bombardieren. Bekanntlich befinden sich die Reste der geschlagenen griechischen Armee auf diesen Inseln, wo ihre Demobilisierung durchgeführt werden soll.

Bei der Befreiung Smyrnas sind von den Türken 12.000 griechische Soldaten gefangen genommen worden. Die Eisenbahnlinie Argona—Aftum—Sara Hüjra und Smyrna ist wieder hergestellt.

Amerika schickt den Völkerverbund der griechischen Flüchtlinge.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich erboten, den Völkerverbund der zurückgebliebenen hunderttausend griechischen Flüchtlinge aus Smyrna durch Transportmittel zu unterstützen zu lassen, wenn Griechenland die Transportmittel stellen. Die griechische Regierung hat das Anerbieten mit Dank angenommen.

Der Parteitag in Nürnberg.

Die Bildung der U. S. P. D. Am Sonntag kamen die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien zu dem Einigungsparteitag in Nürnberg zusammen, auf dem die von den Parteitagen in Augsburg und Gera bereits beschlossene Einigung der deutschen Sozialdemokratie besiegelt wurde.

Auf Vorschlag des Altersvorsitzenden P. Jannich wurden Wels, bisher SPD., und Dittmann, bisher U.S.P., einstimmig zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt. Zu Referenten des Parteitages wurden Herrmann Müller und Artur Crispian bestimmt. Herrmann Müller, der bisherige Vorsitzende der SPD., befaßte die Frage, ob die Einigung von Daret sein werde. Crispian, der bisherige Vorsitzende der Unabhängigen, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokraten aller Länder.

Wels brachte hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm für die vereinigte Partei zur Abstimmung, welche die einstimmige Annahme ergab. Einstimmig wurden auch die von beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Befreiung des Parteivorstandes und der übrigen Parteifunktionen der Billigung des Parteitages. Zu Parteivorstehenden wurden einstimmig Herrmann Müller, Crispian und Wels gewählt.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen besprach Frau Abgeordnete Juchacz die Vereinigung. Im Namen der Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Brandes, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, seine Freude über die nunmehr vollzogene Einigung aus.

Nach einer besonderen Begrüßung der ausländischen Vertreter sprachen von diesen zunächst Amou-England und Comper-Morel-Frankreich; beide verhielten dem Parteitag die Sympathien ihrer Länder. Zum Schluß nahm der Parteitag einstimmig ein Manifest an, in dem die Grundlinien der Politik der Vereinigten Deutschen Sozialdemokratie festgelegt sind.

Die Zuckerverföorgung.

Ein Kilogramm Zucker im Monat. In einem Untersuchungsbericht des Reichswirtschaftsrates haben Sachverständige einen Ueberblick über die Verhältnisse der Zuckerverföorgung im kommenden Wirtschaftsjahre. Danach hat die Anbaufläche für Zuckerrüben gegenüber dem vergangenen Jahre um 8 1/2 Prozent zugenommen. Auf Grund des Ernteergebnisses kann man annehmen, daß 30 bis 31 Millionen Zentner Rohzucker erzeugt werden können, was nur 28 Millionen Zentner Verbrauchsbedarf ergibt. Entspricht das tatsächliche Ernteergebnis diesen Schätzungen, dann stellen im nächsten Jahre etwa 20 Pfund Zucker für den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung, einschließlich des von der Industrie verarbeiteten Zuckers. Bei dieser Sachlage muß die Befriedigung des Zuckerbedarfs der Bevölkerung möglich sein, wenn es gelingt, zu verhindern, daß der Zucker in so großem Maße anderen Verwendungszwecken zugeführt wird, daß nicht mehr genügend Mundzucker für die Bevölkerung übrig bleibt.

Um den Zuckerbedarf der Bevölkerung möglichst zu befriedigen, plant die Regierung folgende Maßnahmen: Der Verein der deutschen Zuckerindustrie hat die Mehrheit der Fabriken für Roh- und Verbrauchs Zucker in einer Zuckerrückhaltstelle zusammengeschlossen zur Ueberwachung der Zuckerherstellung und Preisbildung und der Zusammenfassung von Zucker an die Industrie zur Weiterverarbeitung. Ein Verwaltungsbehörden der Regierung unterwirft sich mangels einer alle Zuckerfabriken unterwirft die zurechtigen Organisation und ihrer Regelung. In der Zuckerrückhaltstelle selbst wird ein Reichskommissar zur Wahrnehmung der öffentlichen Interessen bestellt. Durch besondere Bestimmungen wird der Verbraucherstandpunkt im Bereich zur Geltung gebracht. Der Reichsernährungsminister behält sich selbst vor, zu bestimmen, was an Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Konerven, Marmelade, Kompott, Brauntwein usw. geliefert und verwendet werden darf. Die Verordnung sieht außerdem die Befreiung von einem Kilogramm Mundzucker im Monat auf den Kopf der Bevölkerung vor; die Verteilung wird den Ländern überlassen, denen auch das Recht eingeräumt wird, Zuckerrückhaltstellen zu schaffen.

Der Ausschuss sprach sich mit allen Stimmen für die Durchführung des Zwangshandels aus.

Politische Rundschau.

Berlin, 26. September 1922. Die in Stuttgart erscheinende „Mitteldeutsche Presse“ ist zum fünften Male, und zwar diesmal auf 3 Wochen verboten worden.

Eine Abordnung der Parteien des Saameinbundes wird sich nach Gera begeben, um beim Völkerverbund wegen der Ausweitung der beiden sozialdemokratischen Redaktionsräume Mann und Lauch vorstellig zu werden.

Anstelle des bisherigen unabhängigen Reichsausschusses geordneten Dittmann, der nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien seinen Wohnort als Wohnort des Reichsausschusses niederlegen muß, wird voraussichtlich ein Mitglied der demokratischen Fraktion ins Reichsausschussmandat gewählt werden.

Die Parteileitung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) erklärt, daß der bisherige Vorsitzende ihres Kreisverbandes in München, Theodor A. Zehnder, sich selbst als Verbandsleiter der Partei gestellt hat.

Deutschböhmische Arbeitsgemeinschaft. In Dresden der Deutschböhmischen Volkspartei wurde eine deutschböhmische Arbeitsgemeinschaft gegründet, die beabsichtigt, das Verständnis für die böhmischen Fragen in weiten Kreisen zu vertiefen. Die Arbeitsgemeinschaft beabsichtigt, im vollen Einvernehmen mit der Parteileitung der Deutschen Nationalen Volkspartei zu

und wenig verkommen, vermutlich im Verlaufe. Nicht selten waren Nierenleiden aller Art, zuweilen sichtlich beruhend auf Entzündung; acute Nierenentzündungen kamen ungewöhnlich häufig vor. Seltener, aber doch oft genug konnten Spuren von tuberkulöser Nierengränderkrankung, Klumpfuß und Nephritis gefunden werden. (Uebrigens wird schon seit Jahren im Museum von Vizeg ein Kinderstelekt gezeigt, und zwar aus der 6. Dynastie — etwa 2700 v. Christus, also 4600 Jahre alt — das ganz ungewöhnlich die Merkmale einer tuberkulösen Hülftgelenkentzündung trägt.) Eine Volksseuche wie bei uns kann die Tuberculose aber schon deshalb nicht gewesen sein, weil die Art zu wohnen und sich zu betätigen, ja viel gesünder war; das Zusammenpacken in Massenquartiere konnte nicht.

Schlusssdienst.

Die Totbitten unter der Aufsicht des Völkerverbundes — Konstantinopel, 25. Septbr. In der Note, die die verbindenden Oberkommisssare dem Großvezir und dem Vertreter der Regierung von Ungarn überreicht haben, wird bezüglich der Meerengenfrage erklärt, daß die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus unter den Aufsicht des Völkerverbundes in wirksamer Weise sichergestellt werden.

Kemal will persönlich und nur in Kleinasien verhandeln.

— Paris, 25. Septbr. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat Kemal die Absicht, selbst in der Friedenskonferenz die Interessen der Türken zu vertreten. Weil er seine Truppen nicht verlassen wollte, werde er darum ersuchen, die Konferenz nicht in Istanbul, sondern in einer Stadt Kleinasiens stattfinden zu lassen.

Kemal und der Sultan.

— London, 25. Septbr. Neuerberichtet aus Konstantinopel, daß der Sultan an Mustafa Kemal ein Glückwunschtelegramm geschickt habe, Mustafa Kemal habe sich aber geweigert, das Telegramm des Sultans in Empfang zu nehmen.

Die deutschen Schatzwechsel in Paris.

— Brüssel, 25. Septbr. Wie die Agence Belge aus Paris erfährt, sind die deutschen Schatzwechsel dort eingetroffen.

Nebertritt Adolf Hoffmanns zur D. S. P. A.

— Berlin, 25. Septbr. Nach der Wiedervereinigung der Reichssozialisten mit den Unabhängigen ist nun auch der frühere Kommunist Adolf Hoffmann zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Gegner der sozialistischen Einigung bilden dort bekannten Unabkömmlichen wie die Unabkömmlichen Gehe-

Woll, Ostig und Eyedde Niedmeyer. Deutsche Volkspartei und die Arbeitsgemeinschaft Mitte.

— Breslau, 25. Septbr. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat nach einer Programmtagung des Parteivorstandes Dr. Stresemann der Tagesfraktion der Deutschen Volkspartei und ihrer Vertretung sein Vertrauen ausgesprochen. Der Zentralvorstand erklärt in der geplanten Arbeitsgemeinschaft die wünschenswerte Zusammenfassung derjenigen parlamentarischen Kräfte, deren Führungsnahme und Zusammenwirken gerade gegenwärtig notwendig ist gegenüber dem verstärkten sozialistischen Einfluß. Gleichwohl der parlamentarischen Kräfte stellen. In einer zweiten Entschließung erhebt der Zentralvorstand scharfen Widerspruch gegen die Forderung des Gesetzes zum Schutze der Republik, welche namentlich von Regierungen einzelner Länder ausstößt. Schließlich wurde eine Entschließung gefaßt, in der das befreite Oberloosien begrifflich noch einmal vor aller Welt gegen die Abtrennung des Schlesiens als geschehen wider Recht und Vertrag zum Besprechen und wider den ausdrücklichen Willen des Bevölkern protestiert wird.

Todesanzeige.

Am Montag den 25. September starb nach kurzem Kranken im Marienkrankenhaus zu Cassel, meine liebe Frau, unsere Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, Frau

Elise Siebert

geb. Lotz

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Konrad Siebert,
Frieda Siebert,
Georg Siebert,
Anna Siebert, geb. Engeroth
und Enkelkinder

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. September nachmittags 4 1/2 Uhr statt.

Ara

bestes
Putz- u.
Scheuermittel

Unentbehrlich
in Haus, Werkstatt,
Fabrik.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.
DÜSSELDORF.

Nach mehr als zweijähriger Assistentenzeit an der Universitäts-Poliklinik, Erlangen, und in der Praxis des Herrn Dr. Spier, Cassel, lasse ich mich am 2. Oktober 22 hier als

Zahnarzt

im Hause des Herrn Fleischermeister Engeroth nieder.
Dr. K. Gilbert

Am Mittwoch und Donnerstag wird am Bahnhof

Kelterobst

(Falläpfel, Schütteläpfel)

Donnerstag
Zwetschen
von Mittags 1 Uhr verladen.
Hebeler, Müller.

Das Weiden

auf unseren Wiesen „Kleinen Fledern“ ist Strafe verboten.
August Salzmann,
Georg Siebold,
Adam Krug.

Bruchkranke

Können auch ohne Operation Berufsstörung geheilt werden.
Nächste Sprechstunde in
Kassel,
Hotel „Reichshof“
Bahnhofstr. 21
am 30. Septbr. 1922 von
9-1 Uhr.
Dr. med. Jacobs, Arzt
Spezialist für Bruchleiden Berlin
W. 50, Rankenstr. 53.
(bisher Dr. Loasby)

Salz

in Säcken, billig
Richard Mohr

II. Nachtrag

zur Ordnung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Fuhrwerkswege der Stadt Spangenberg (Gebührenordnung) vom 27. September 1920 nebst I. Nachtrag vom 11. April 1922.

Aufgrund der §§ 4, 8 und 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsammlung Seite 152) in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1921 (Gesetzsammlung Seite 495) sowie des Beschlusses des Magistrats vom 29. August 1922 (Nr. 4482) und der Stadtverordnetenversammlung vom 2. September 1922 (Nr. 218) wird nachstehender Nachtrag erlassen:

Artikel I.

- In § 1 werden ersetzt:
- a. bei dem Abschnitt „von einem Einheimischen“
1 Mk. durch 5 Mk.
2 „ „ „ 10 „
 - b. bei dem Abschnitt „von einem Auswärtigen“
2 Mk. durch 16 Mk.
6 „ „ 48 „

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Spangenberg, den 2. September 1922.

Der Magistrat
Schier.

Es wird hiermit bescheinigt, daß vorstehender Nachtrag von dem Magistrat und der Stadt. Verf. beschlossen worden ist, daß die Ratspersönlichkeiten zu den Sitzungen rechtzeitig eingeladen und daß sie beschlußfähig waren.
Spangenberg, den 2. September 1922.

Der Magistrat.
Schier.

Nr. 3029 (Stempel)
Vorstehender Nachtrag wird genehmigt.
Cassel, den 13. September 1922.

Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende
J. V. Schneider

Öffentliche Sitzung

der Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch, den 27. September 1922, abends 9 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung.

1. Wahl eines Stadtverordneten-Vorsitzers an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Konrad Siebert (Loß).
2. Abhörung der Rechnung der städtischen Sparkasse für das Jahr 1921.
3. Einziehung der Stelle des Stadtförsters (Unterförster).
4. Erhöhung des Verlages zu Art. VI Nr. 2 des Haushaltsplans — Unterstützung von Ortsarmen.
5. Entbindung der von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitglieder der Wohnungskommission und Vornahme der Ersatzwahl.

6. Antrag des Zuchtbullenhalters auf Erhöhung der Vergütung mit Wirkung vom 1. 10. 22 ab.
7. Antrag der Straßenreinigungsfrau auf Erhöhung der Vergütung.
8. Antrag des Metzgers Johs. Meurer auf Aenderung der Bedingungen für die Verpachtung der Ratsstellere-wirtschaft.
9. Erhöhung des Mietzinses für die Wohnungen im städt. Mietgebäude bei der Stadtschule und im Gebäude der ehemaligen Zigarrenfabrik vor dem Ober-tor usw.
10. Regelung der Frage der städt. Bauverwaltung.
11. Regelung der Besoldung des Hausmeisters, des Feld-hälters, des Vorarbeiters und der beiden Arbeiter der Stadt für die erste Septemberhälfte 1922.
12. Erlass einer anderweitigen Besoldungsordnung für die städtischen Beamten (Einstufung usw.)
13. Anstellung des Stadtschreibers a. Pr. August Jacob.
14. Anstellung des Stadtrechners a. Pr. Heinrich Weis-heim.
15. Erweiterung des städt. Wasserwerks durch Anschluß der Quelle in der Leichwiese.
16. Vespprechung sonstiger Angelegenheiten.
Spangenberg, den 25. September 1922.

Appell,

stellv. Stadtverordnetenvorsteher.

II. Nachtrag

zur Ordnung über die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Spangenberg vom 28. August 1916, nebst I. Nachtrag vom 2. September 1921.

Aufgrund der §§ 16, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsammlung S. 215) des Beschlusses des Magistrats vom 14. August 1922 (Nr. 4466) und des Beschlusses der Stadtverord-netenversammlung vom 2. September 1922 (Nr. 222) wird nachstehender Nachtrag zur Ordnung über die Er-hebung einer Hundesteuer erlassen:

Artikel I.

§ 1. Die §§ 1 und 5 werden dahin geändert, daß an die Stelle von
30 Mk. 60 Mk.
60 Mk. 150 Mk.
15 Mk. 30 Mk.
treten.

§ 2. In § 6 Satz 1 werden die Worte „von Militärbehörden zu militärischen Zwecken und“ gestrichen; das gleiche gilt für den letzten Satz (Hunde — werden). Da-gegen wird folgender Absatz (2. Absatz) eingefügt.

Ferner sind von der Hundesteuer befreit:

1. Hunde, die in Gefangenanstalten dienlich zu Wach-zwecken gehalten werden,
2. Diensthunde der Forst- und Polizeibeamten,
3. Militärdiensthunde,
4. Zühhunde von Blinden.

Für Diensthunde von Forstbeamten tritt die Steuerfrei-heit nur ein, wenn die betreffenden Beamten eine Be-

scheinigung der vorgelegten Dienstbehörde beibringen, wo-nach sie die Hunde zur Ausübung ihres Dienstes benötigen.

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Spangenberg, den 2. September 1922.

Der Magistrat,
Schier.

Es wird hiermit bescheinigt, daß vorstehender Nachtrag von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden ist, daß die Ratspersönlichkeiten zu den Sitzungen rechtzeitig eingeladen und daß sie beschlußfähig waren.
Spangenberg, den 2. September 1922.

L. Nr. 2830 (Stempel)
Der Magistrat,
Schier.

Vorstehender 2. Nachtrag wird genehmigt.
Cassel, den 13. September 1922.

Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende.
J. V. Schneider.
B. A. 2253/22 (Stempel)

Einmalige Unterstützung Hilfsbedürftiger aus Staatsmitteln.

Laut Bekanntmachung des Kreiswohlfahrtsamts vom 22. 9. 22 — W. N. 848 — (Nr. 224 des Wess. Tagbl. vom 24. 9. 22) — hat das Staatsministerium zur schließlichen Aenderung der Not Mittel bereitgestellt. Hieraus soll den Personen, die sich in größter Not befinden, eine einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Vorräten für den Winter (Feuerung, Kartoffel usw.) gewährt werden. Nach Maßgabe der Bedürftigkeit sind gleichmäßig zu beherbergen. Kleinrentner, Empfänger von Renten der Sozialversicherung, Personen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, die sogenannten verarmten Armen und alle wirtschaftlich ähnlich gestellten Kreise. Bei der Beschränkung der zur Verfügung stehenden Mittel können von den Sozialrentnern usw. nur die Berücksichtigung finden, die besonders bedürftig sind. Insbesondere soll die Unterstützung der notleidenden alten Leuten zugute kommen.
Wer auf eine Beihilfe Anspruch erhebt, hat sich bis zum 29. September auf dem Bürgermeisteramt zu melden.
Spangenberg, den 25. September 1922.

Der Magistrat,
Schier.

Ernennung eines Stabsbeamten-Stellvertreter.

Der Herr Regierungs-Präsident hat unterm 5. 9. 22 — A I 8779 — den Stadtschreiber a. Pr. August Jacob hier zum 2. Stellvertreter des Stabsbeamten für den Stabsamtsbezirk Spangenberg widerrechtlich ernannt.
Spangenberg, den 22. September 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.